

EDITORIAL



LIEBE LESERINNEN UND LESER, wir haben im Wahlkampf versprochen, den Regionen bei uns in Niedersachsen wieder die Bedeutung zu geben, die sie verdienen. Denn die überhastete Zerschlagung der bewährten Bezirksregionen, einer der größten politischen Fehler der CDU/FDP-Vorgängerregierung, hat Strukturen zerstört, die für eine erfolgreiche Entwicklung der Regionen wichtig sind.

Wir werden – wie versprochen – mit einer zeitgemäßen Organisation unsere Regionen zukunftsfähig aufstellen. Dazu gehören zwei wichtige Elemente: Das Eine ist eine zielgerichtete und bedarfsorientierte Regionalförderung. Das Andere ist eine Struktur, die hilft, unsere Regionen im Norden, Süden, Westen und Osten zielgerichtet, bedarfsgerecht und sinnvoll zu stärken.

Beides gemeinsam können wir schaffen, wenn wir die heute zerstreuten Landesbehörden unter einem gemeinsamen Dach in den Regionen versammeln und kompetente und starke Landesbeauftragte haben. Nur so werden wir den Herausforderungen der Zukunft auch gerecht.

CDU und FDP versuchen, diese Modernisierung schlechtzureden. Dem wirken wir entgegen und können guten Gewissens versprechen, dass alle Mitarbeiter in den Behörden in Zukunft gemeinsam in guter Atmosphäre am Erfolg unserer Regionen mitarbeiten können. Die Standorte Oldenburg, Braunschweig und Lüneburg werden aufgewertet. In Hildesheim wird die Behörde neu etabliert. Wir packen das an und machen es besser: Für unser Niedersachsen und die Menschen hier.


Johanne Modder
Vorsitzende der SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag

STARKE REGIONEN SICHERN NIEDERSACHSENS ZUKUNFT

REGIONALFÖRDERUNG Neue Behörden und Landesbeauftragte für moderne Struktur - Fördermittel werden nach Bedarf und für Projekte mit Nachhaltigkeit vergeben *Von Frank Jungbluth*

Zukunftsfähige Regionen in einem starken Land – die Pläne von Landesregierung und rot-grünen-Landtagsfraktionen für eine neue Regionalförderung mit einer modernen Behördenstruktur nehmen Gestalt an. Klar ist, dass es in Zukunft vier Ämter für regionale Landesentwicklung geben wird. Die Standorte der neuen Ämter, deren Leitung von den Landesbeauftragten übernommen wird, werden Oldenburg, Braunschweig, Lüneburg und Hildesheim sein.

»Wer Regionen mit Zukunft im Flächenland Niedersachsen will, der muss auch den Schritt gehen, eine moderne Verwaltung aufzubauen. Genau dieses Ziel verfolgt die Regierung mit Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion«, betont die Fraktionsvorsitzende Johanne Modder. Für die Politikerin ist klar: »Die Herausforderung der Zukunft ist eine effektive und effiziente Förderpolitik mit deutlich weniger Geld von der Europäischen Union als in den vergangenen Jahren. Wir müssen dem demografischen Wandel Rechnung tragen, und wir wollen Verantwortung in den Regionen. Das heißt im Umkehrschluss, dass wir nachhaltige Projekte brauchen, die gemeinsam mit den regionalen Partnern vor Ort initiiert, koordiniert und vor allem in die Tat umgesetzt werden.«

Die Sorgen der Beschäftigten aus den bisherigen Landesämtern für Geoinformation und Landentwicklung (LGLN) nimmt sowohl die Landesregierung als auch die SPD-Fraktion sehr ernst. »Deshalb haben wir gemeinsam einen intensiven Dialog gestartet, zuletzt mit einer öffentlichen Anhörung im Innenausschuss des Landtages«, so Modder.

Warum die neue Landesregierung mit Ministerpräsident Stephan Weil an der Spitze die Behörde für Landesentwicklung neu aufstellt, ist schnell erklärt: »Mit der Einrichtung der Ämter für regionale Landesentwicklung wird ein folgenreicher Fehler korrigiert, den die abgewählte CDU/FDP-Landesregierung 2005 begangen hat. Damals sind die



bewährten Bezirksregierungen rücksichtslos zerschlagen worden, gewachsene Strukturen wurden für eine populistische Reform zerstört«, sagt SPD-Innenexperte Ulrich Watermann.

Niedersachsen ist ein Flächenland mit vielfältigen Regionen, deren unterschiedliche Struktur historisch gewachsen ist. »Dieser Tatsache muss man Rechnung tragen. Verantwortung vor Ort, nahe bei den Menschen und Betroffenen zu übernehmen, ist ein vernünftiger Schritt. Die Regionen werden mit der neuen Behördenstruktur und den Landesbeauftragten eine eigene Budgetverantwortung bekommen«, betont Johanne Modder. Sie macht deutlich: »Entwicklungsschwache niedersächsische Regionen haben in den EU-Förderperiode 2007–2013 nur unterdurchschnittlich von den Fördermitteln profitiert. Aber besonders dort haben wir auch die gravierendsten Folgen des demografischen Wandels, und deshalb muss die Förderung künftig gesteuert, also gezielt und bedarfsgerecht eingesetzt werden.«

Man blickt nicht zurück, sondern in die Zukunft. »Wir haben dringenden Handlungsbedarf«, sagt SPD-Fraktionschefin Johanne Modder. ■

Starke Regionen wie hier an der Küste sind ein wichtiges politisches Ziel der neuen SPD-geführten Landesregierung und der SPD-Landtagsfraktion.

Foto: Shutterstock



Ulrich Watermann Mdl

Foto: SPD-Fraktion



Ronald Schminke MdL

Foto: SPD-Fraktion

REGIONEN FÜR GESUNDHEIT

Mit einem Entschließungsantrag von SPD und Grünen ist der Ausbau der Gesundheitsregionen in Niedersachsen vorbereitet worden. Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Uwe Schwarz, hat die Pläne vorgestellt. Im Vordergrund der künftigen medizinischen Versorgung müsse ein wohnortnahes, leistungsfähiges und vor allen Dingen sektorenübergreifendes Angebot an hausärztlicher und fachärztlicher Versorgung stehen, betont Schwarz. ■

FÖRDERSCHULEN 2015 INTEGRIERT

Die bestehenden Förder Schulen in Niedersachsen werden erst ab dem Schuljahr 2015 in die das neue inklusive Schulsystem in Niedersachsen integriert. Claus Peter Poppe, schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion begründet das mit Wünschen der Eltern, die man selbstverständlich respektiere. ■

Impressum

Herausgeber: SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Verantwortlich: Lars Wegener, Geschäftsführer der SPD-Fraktion Niedersachsen
Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Frank Jungbluth, Clemens Wirries
Bildnachweis: SPD-Fraktion, Frank Jungbluth, Shutterstock
Redaktionsschluss: 14. November 2013
Redaktion: Frank Jungbluth, frank.jungbluth@lt.niedersachsen.de
Anschrift: Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
 30159 Hannover
 www.spd-fraktion-niedersachsen.de
Layout & Satz: Anette Gilke
 mail@AnetteGilke.de

ENDLICH MINDESTLOHN UND FAIRER WETTBEWERB

LANDEVERGABEGESETZ Schminke erklärt Bedeutung – SPD stärkt Mittelstand Von Frank Jungbluth

Es war ein Meilenstein während der vergangenen Plenarsitzung und ein Bekenntnis der SPD-Landtagsfraktion zu menschenwürdigen Löhnen und fairem Wettbewerb bei öffentlichen Aufträgen. Das neue Landesvergabegesetz, das schon vom 1. Januar 2014 an die Bedingungen regelt, zu denen das Land Niedersachsen, die Landkreise, Städte und Gemeinden öffentliche Aufträge vergeben, ist ein gerechtes Gesetz.

»Wir haben mit dem Widerstand der Opposition gerechnet«, sagt Ronald Schminke, Tarifexperte der SPD-Landtagsfraktion, »aber davon haben wir uns gemeinsam mit den Grünen nicht beirren lassen. Wir haben in Niedersachsen viel zu lange Verhältnisse gehabt, die ehrliche Unternehmer und hart arbeitende Arbeitnehmer benachteiligt haben. Damit ist jetzt Schluss.«

So war es früher: Das billigste Angebot bekam den Zuschlag und damit kalkulierten die öffentlichen Auftraggeber auch Lohndumping und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen, Missbrauch von Werkverträgen und schlechte Produktionsbedingungen für verwendete Produkte und Materialien ein. »Künftig haben wir mit neben der Tariftreue einen vergaberechtlichen Mindestlohn von 8,50 Euro verankert«, so Schminke.



Tariftreue, Mindestlohn und fairer Wettbewerb: Das neue Landesvergabegesetz regelt ab dem 1. Januar 2014 die Bedingungen bei öffentlichen Aufträgen. Foto: Shutterstock

Ronald Schminke, der am Gesetz als erfahrener Gewerkschafter maßgeblich mitgearbeitet hat, macht deutlich, dass das neue Gesetz den Mittelstand im Land stärke. »In den mittelständischen Unternehmen gibt es anständige Arbeitsbedingungen, da hält man sich an die Tarifverträge. Dieser Umstand hat die ehrlichen Anbieter zu Zeiten der abgewählten schwarz-gelben Landesregierung bei öffentlichen Aufträgen in vielen Fällen zu Verlierern gemacht, weil

auswärtige Anbieter mit dubiosen Methoden diese ehrlich kalkulierten Preise unterboten haben. Diese Konkurrenz hat mit Niedriglöhnen bei den Aufträgen abkassiert.«

Kommunen und andere öffentliche Auftraggeber müssten Vorbild sein. »Wo Steuergelder eingesetzt werden, kann es keinen menschenunwürdigen Bedingungen und Verstöße gegen Sozialstandards geben«, sagt der Abgeordnete Ronald Schminke. ■

GUTE NACHRICHTEN FÜR 120 FRAKTIONS-VORSITZENDE



Foto: Frank Jungbluth

»Wir machen Politik für die Städte und Gemeinden in Niedersachsen. Deshalb ist es uns wichtig zu wissen, was unseren Kommunen hilft, zukunftsfähig zu sein«, erklärte die SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder nach der ersten Konferenz mit SPD-Fraktionsvorsitzenden seit dem Regierungswechsel im Land.

»Wir wollen unsere Politik mit euch, den ehrenamtlich arbeitenden Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in unseren Fraktionen, gestalten. Wir wollen Städte und Gemeinden, die für die Zukunft gut aufgestellt sind. Dafür müssen wir uns allerdings im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten bewegen. Die Haushalts-

lage, die wir von CDU und FDP übernommen haben, zwingt uns zur Disziplin«, sagte Johanne Modder. »Die Zukunftsoffensive Bildung ist eines der wichtigsten Themen. Dafür investieren wir massiv in den nächsten Jahren, um unseren Kindern und Jugendlichen optimale Chancen für Bildung, persönliche Entwicklung und beruflichen Aufstieg zu ermöglichen«, betonte die SPD-Fraktionsvorsitzende.

Ab sofort sollen die ehrenamtlichen Fraktionsvorsitzenden aus den Stadt- und Gemeinderäten regelmäßig, mindestens zweimal im Jahr, über aktuelle Themen der Landespolitik zum Dialog eingeladen werden. ■